

# DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

## Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West) 1990\*

Hanns Jürgen Küsters

„Wir sind jetzt wieder eine Partei“, stellte Generalsekretär Volker Rühle fest. Mit Aufnahme der Landesverbände der CDU in der DDR in die Christlich Demokratische Union Deutschlands am 1. Oktober 1990 in Hamburg schlossen sich die Christlichen Demokraten erstmals in ihrer Geschichte zu einer Partei in ganz Deutschland zusammen. Im Manifest zur Vereinigung hieß es dazu: „Die CDU hat bewiesen, daß sie in Zeiten des Wandels und des Aufbruchs die Partei für historische Weichenstellung ist.“<sup>1</sup> Anscheinend war es nur folgerichtig, zwei Tage vor der Wiederherstellung der deutschen Einheit auch CDU (West) und CDU (Ost) zu einer gesamtdeutschen Partei zu vereinen. Bislang hat die Zeitgeschichtsforschung diesen Vorgang, der parallel zu den Regierungsverhandlungen über die Wiedervereinigung ablief, quasi als Selbstverständlichkeit betrachtet. Doch war die Vereinigung der CDU kein Selbstläufer, sondern in Wirklichkeit ein komplexer und komplizierter Vorgang, bestimmt von gegenseitigem Misstrauen, zögerlichen Entscheidungen, dem langsamen Schaffen von Vertrauen und dem Schließen von Kompromissen auf beiden Seiten.

Im Folgenden gilt es, drei Fragen nachzugehen: Welche Einschätzungen bestanden 1989 auf beiden Seiten? Wie entwickelten sich die Parteikontakte? Und welche Entscheidungen führten 1990 zum Zusammenschluss?

### I.

Betrachten wir zunächst die gegenseitigen Einschätzungen. Erstens, in den Augen der CDU (West) war die CDU (Ost) eine von der SED gleichgeschaltete Partei, die seit Ende der 1940er Jahre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Sowjets gezeigt und sich der Blockpolitik unterworfen hatte, statt Selbstbehauptungswillen zu demonstrieren. Die Gleichschaltung geschah durch den Zwang der Sowjets zu einem Bündnis mit der SED in der

---

\* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags vom 30. September 2010 in Berlin. Für Recherchehinweise sei Konrad Kühne vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) gedankt.

1 1. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Protokoll. Hamburg, 1.–2. Oktober 1990. Hg. von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle. Bonn 1990, S. 18.

Nationalen Front der DDR bei gleichzeitiger Schwächung der CDU durch die Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD).

Zweitens, seit Gründung der DDR 1949 unterschied die CDU (West) in ihrer Bewertung der politischen Rolle der CDU (Ost) strikt zwischen deren Parteiführung und den dortigen Mitgliedern. Nach Ansicht der CDU (West) hatte sich die Parteiführung der CDU (Ost) dem Willen der SED unterworfen. Infolgedessen repräsentierten Äußerungen ihrer Parteispitzen nicht mehr den wirklichen Willen der echten CDU, denn den Mitgliedern waren die freie Meinungsäußerung und freie Wahlen verwehrt. Viele von ihnen bewahrten jedoch die ursprünglichen Ideen der Christlichen Demokratie. Weil die CDU (Ost) keine offene Opposition mehr betreiben konnte, engte sich ihr politischer Bewegungsspielraum<sup>2</sup> allmählich ein. Um den Parteimitgliedern aus diesem Teil Deutschlands bei Treffen der westdeutschen CDU-Verbände eine Vertretung zu ermöglichen, wurde die Exil-CDU gegründet. Die Mitglieder des Hauptvorstandes verstanden sich als die „rechtmäßigen, die verantwortlichen Repräsentanten der christlichen Demokraten der Sowjetzone“, wie Jakob Kaiser am 24. September 1950 vor Gründung der Bundespartei im Oktober in Goslar betonte.<sup>3</sup> Anfang der 1980er Jahre wies der Parteivorsitzende Helmut Kohl verstärkt auf die Verfolgung von Mitgliedern der Union in der DDR hin, die dort Widerstand gegen die „rote Diktatur der kommunistischen SED“<sup>4</sup> leisteten. Zudem verschob sich in der Führung der CDU (West) die Argumentationslinie im Hinblick auf die Deutung der Nachkriegsvorgänge. Nicht die Parteispitze der CDU (Ost) gab ihre Mitglieder nach dem Krieg preis, sondern die Sowjets trennte die Parteispitze von den Mitgliedern.<sup>5</sup>

Drittens hielt die CDU (West) der Parteispitze der CDU (Ost) vor, sie missbrauche das Christentum für Zwecke der kommunistischen Machthaber in der DDR. Die zentralen Vorwürfe lauteten: Die CDU (Ost) dulde die Bevormundung der Kirchen in der DDR im Auftrage der SED, sie erhebe keine Klage gegen Menschenrechtsverletzungen und die marxistisch-leninistische Doktrin in den Schulen. Ferner tue sie zu wenig, den begrenzten Schutzraum

2 Jörg Schönbohm: CDU. Porträt einer Partei. München u. a. 1979, S. 38f.

3 Rede Kaiser, Exil-Parteitag der CDU, Titania-Palast, Berlin, 24. September 1950, in: Christian Hacke (Hg.): Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik. Köln 1988, S. 485–492, hier S. 485.

4 Rede Kohl, 17. Juni 1980, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 116, Plenarprotokoll 8/222, S. 17947–17955, hier S. 17951.

5 Heinrich Windelen: Zum 80. Geburtstag von Johann Baptist Gradl, in: Mut zur Einheit. Festschrift für Johann Baptist Gradl. Köln 1984, S. 9–12, hier S. 9f.

für Christen, die sich der SED entziehen wollen,<sup>6</sup> aufrechtzuerhalten. Letzter gemeinsamer Anknüpfungspunkt sei der sich auf ganz Deutschland beziehende Parteiname.

Die Parteispitze der CDU (Ost) hingegen entwarf in den 1950er Jahren ihrerseits ein Negativbild von der CDU (West), das durch zwei Entwicklungen geprägt wurde: die Wiederaufrüstungs- und die Westintegrationspolitik Konrad Adenauers<sup>7</sup>. Die CDU (West) widersetze sich dem Ziel der Wiedervereinigung und übe einen „Generalverrat an Deutschland“. Eigentliche Bewahrerin gesamtdeutscher Interessen sei die CDU (Ost). Die Politik der CDU (West) werde nicht von christlicher Verantwortung, sondern von Verantwortungslosigkeit der „westdeutschen Kriegstreiber“ aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Großkapital und des Einflusses der USA bestimmt. Sie missbräuchten das Christentum. In den 1970er Jahren wurde von der Spitze der CDU (Ost) das Christentum, die eigentliche Klammer, in der politischen Propaganda durch die Gleichsetzung von Christlicher Demokratie und Konservatismus überlagert. Herausgestellt wurden die Unterschiede im Bekenntnis zu Frieden und Sicherheit – Stichwort: KSZE – sowie die Unantastbarkeit und Endgültigkeit der Grenzen in Europa, die im Aktionsprogramm zur Deutschlandpolitik der CDU (West) 1977 offengehalten wurden. In der Aufrüstungsdebatte Anfang der 1980er Jahre mit dem Eintreten der CDU (West) für den NATO-Doppelbeschluss erblickte die Parteiführung der CDU (Ost) den Widerspruch der westlichen Christlichen Demokraten zur christlichen Ethik.

## II.

Wie entwickelten sich die Parteikontakte zwischen CDU (West) und CDU (Ost)? Eigentlich waren sie zu keinem Zeitpunkt vollständig zum Erliegen gekommen, gleichwohl die Intensität schwankte. Das Präsidium der CDU (West) hatte im Frühjahr 1966 seine Haltung bekräftigt, die CDU (Ost) als Gesprächspartner abzulehnen.<sup>8</sup> Grund war das Schreiben der CDU (Ost) vom

---

6 Peter Joachim Lapp: Blockparteien im politischen System der DDR. Hg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Melle 1988, S. 7.

7 Dazu Günter Buchstab: Das Adenauer-Bild in der Ost-CDU, in: Hans Günter Hockerts (Hg.): Das Adenauer-Bild in der DDR (Rhöndorfer Gespräche 15). Bonn 1996, S. 186–204.

8 In einer Pressemitteilung der CDU vom 22. April 1966 (ACDP 07-001-1401) betonte das Präsidium, die CDU sei „nicht bereit, einem Mann wie Ulbricht oder einen einflusslosen Satelliten wie die sogenannte Ost-CDU als Gesprächspartner anzuerkennen oder Versuchen nachzugeben, die mit Sicherheit nicht der Einheit Deutschlands, sondern nur seiner Unterwerfung unter die kommunistische Herrschaft dienen würden“.

21. März 1966.<sup>9</sup> Auch nach Verabschiedung des Parteiengesetzes 1967 gab die CDU (West) ihre gesamtdeutsche Organisation jedoch nicht auf. Durch den Grundlagenvertrag von 1972 kam es zunächst auf Regierungsebene zwar wieder zu Parteikontakten, doch waren in der CDU (Ost) vom Kreisvorsitzenden an aufwärts keine Verbindungen mit der CDU (West) erlaubt. Es blieb daher zumeist bei regelmäßigen kommunalen Kontakten im Rahmen des Besuchsverkehrs und bei den regelmäßigen Fahrten der Jungen Union nach Berlin und in die DDR. Einzelne Begegnungen auf höherer Ebene gehörten zu den Besonderheiten wie die Treffen Richard von Weizsäckers mit Günter Wirth und von Walther Leisler Kiep mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU (Ost), Wolfgang Heyl, 1974 oder die Zusammenkunft Wirths mit der Familie Süßmuth Anfang der 1980er Jahre. Gerald Göttings Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, von Weizsäcker, am Rande des Kirchentages 1983 in Wittenberg und das Treffen von Lothar Späth mit Hartmut Mitzenheim, dem CDU-Volkskammerabgeordneten und Mitglied des Hauptvorstands, 1986 waren eher Ausnahmen.<sup>10</sup> Im Rahmen der Städtepartnerschaft Bonn–Potsdam kam es 1988 zu Begegnungen, und DDR-Post- und Fernmeldeminister Rudolph Schulze traf seinen Amtskollegen Christian Schwarz-Schilling. Dabei war stets von der Führung der CDU (West) die Linie beibehalten worden: keine offiziellen Kontakte, jedoch Kontakte auf kommunaler Ebene sind möglich.

Das war die Ausgangslage im September 1989. Genau betrachtet, gab es unter den Mitgliedern der CDU (Ost) verschiedenste Motive für eine Mitgliedschaft. Ein Teil war als Mitglied geworben worden, andere suchten dadurch dem Druck, SED-Mitglied zu werden, zu entgehen und ihre Ruhe vor gesellschaftlichem Drangsal zu haben. Gleichwohl gab es auch überzeugte Christen, die sich an den Grundwerten christlich-demokratischer Politik aus den Gründertagen orientierten.<sup>11</sup>

Ein „Brief aus Neuenhagen“ im Jahre 1988<sup>12</sup> und der „Brief aus Weimar“, ein Aufruf zur Erneuerung der CDU (Ost) vom 11. September, der erst all-

9 Schreiben des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU an die Delegierten des 14. Parteitages der CDU, an die Mitglieder und Wähler der CDU und CSU in der Bundesrepublik, o. D., übergeben am 21. März 1966 (dazu Vermerk Rathke für Ministerialdirektor Hohmann, Brief der Ost-CDU, 24. März 1966), beide in: ACDP 07-001-10119.

10 Dazu Peter Wenzel: Die CDU (Ost) im Bild der CDU (West). Magisterarbeit Universität Kiel 1994, S. 96–104.

11 Christine Lieberknecht: CDU und Bürgerbewegung in der DDR, in: Dies./Arnold Vaatz/Steffen Heitmann: Unterwegs zur Einheit (Aktuelle Fragen der Politik 20). Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 1994, S. 7–17, hier S. 10.

12 Manfred Agethen: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“, in: Historisch-Politische Mitteilungen 1 (1994), S. 89–114. Wolfgang Jäger/Michael Walter: Die

mählich bis zu den unteren Parteigliederungen durchdrang, machten bestehendes Unruhepotenzial und Reformbestrebungen an der Parteibasis sichtbar. Der Aufruf hatte eine gesamtgesellschaftliche Zielrichtung mit breiter Öffentlichkeitswirkung, nämlich das Verhalten der Parteiführung im Block kritisch zu hinterfragen und Veränderungen anzustoßen. Zur gleichen Zeit formierten sich neue Bürgerrechtsgruppen wie das „Neue Forum“ am 11. September und „Demokratie Jetzt“ am 12. September sowie der „Demokratische Aufbruch – ökologisch + sozial“ (DA) am 1. Oktober<sup>13</sup>. Sie einte mehr der Veränderungswille, „Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten“, als eine klare politische Richtung.<sup>14</sup> In der CDU (Ost) verliefen in diesen Tagen Gespräche von Kirchenvertretern wie Christine Lieberknecht, Gottfried Müller und Martin Kirchner mit Vertretern des Hauptvorstands der CDU (Ost) in Berlin zunächst ergebnislos. Erst die Begegnung am 1. November mit dem CDU-Parteichef Gerald Götting zeigte Wirkung. Er trat am nächsten Tag zurück.<sup>15</sup>

In der CDU (West) nahm die CDU Hessen die Vorreiterrolle bei der Anknüpfung von Kontakten zu den reformerischen Kräften der CDU (Ost) ein. Schon am 20. September 1989 hatte der hessische CDU-Generalsekretär Franz Josef Jung die Unterzeichner des Briefes aus Weimar, Gottfried Müller und Martin Kirchner, zu einem Deutschland-Kongress des Landesverbandes Ende Oktober eingeladen und Unterstützung bei der Einleitung eines Reformprozesses zugesagt.<sup>16</sup> Unabhängig von diesem Vorpreschen dominierte bei den Skeptikern, allen voran Generalsekretär Volker Rühle, die Ansicht, die CDU (Ost) sei ein abhängiger Bündnispartner der SED, umgeben von dem Geruch, eine Blockpartei zu sein. In der Satzung von 1982 bekenne sich die CDU (Ost) zum demokratischen Zentralismus und bezeichne sich als „Partei des Sozialismus“. Die „Treue zum Sozialismus“ passe nicht zu dem Bekenntnis zur christlichen Demokratie. Die Partei habe alle Kursänderungen der SED nachvollzogen: beim Aufstand 1953, beim Mauerbau 1961, beim Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen 1968 in Prag und bei Verhängung des Kriegsrechts 1981 in Polen. Ihrem Selbstverständnis als „Interessenvertreter

---

Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90. Köln u. a. 1998, S. 1–3.

13 Zur Entstehungsgeschichte des DA ebd., S. 97–113.

14 Gemeinsame Erklärung Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Gruppe Demokratischer SozialistInnen, Initiative Frieden und Menschenrechte, Initiativegruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR, Neues Forum, Vertreter von Friedenskreisen, 4. Oktober 1989, in: ACDP 06-064-003/1.

15 Lieberknecht: CDU und Bürgerbewegung in der DDR, S. 10–12.

16 Schreiben Jung an Müller, 20. September 1989, Faksimile, in: Franz Josef Jung: Die letzten Tage der Teilung. Wie die deutsche Einheit gelang. Freiburg/Breisgau u. a. 2010, S. 61.

der Christen“ in der DDR komme die Parteispitze nicht nach. Als Reaktion auf den Rücktritt Göttings forderte Rühle „die Mitglieder der CDU Deutschlands auf, ihre Kontakte zu den Kirchen, zu den Reformbewegungen in der DDR und zu den Reformkräften in der Ost-CDU zu intensivieren“.<sup>17</sup>

Im Präsidium der CDU (West) herrschte in diesen Tagen weitgehend Übereinstimmung, der CDU (Ost) werde von der eigenen Bevölkerung die Legitimation verweigert, daher sei Zurückhaltung in Kontakten zur Schwesterpartei angebracht.<sup>18</sup> Kohl gab zwar die Devise aus, es bleibe bei der alten seit 1966 vereinbarten Linie: keine amtlichen, offiziellen Kontakte zur CDU (Ost), denn das seien alles Stasi-Leute, allenfalls könnten Kontakte auf kommunaler Ebene gepflegt werden. Wolfgang Schäuble hielt die Devise, „keine amtlichen Kontakte“ für zu defensiv und plädierte dafür, „keine institutionellen Kontakte“ zu den Blockparteien aufzunehmen. Kohl riet, genau hinzusehen, wenn sich etwas bewege und keine Berührungsängste zu zeigen. Die CDU (West) stehe nicht unter Zeitdruck. Für ihn lagen die Ansatzpunkte vornehmlich außerhalb der CDU (Ost) bei liberalen Gruppen wie der Bürgerbewegung „Demokratischer Aufbruch“. Er befürwortete zwar Kontakte zu möglichst vielen unbelasteten oppositionellen Kräften und vermied aber, sich festzulegen.

Eberhard Dieppen, Walter Wallmann, Franz Josef Jung, Erwin Teufel, der deutschlandpolitische Sprecher der CDU-Sozialausschüsse, Uwe Lehmann-Brauns, der Vertreter der Exil-CDU, Siegfried Dübel, und Christoph Böhr sprachen sich für informelle Kontakte mit Kräften aus, bei denen ein Wandel erkennbar sei.<sup>19</sup> Sie argumentierten, neben SED-Hörigen gebe es auch vernünftige Köpfe in der CDU (Ost), eben jene Sammelbecken engagierter Christen, die zumeist auf mittlerer Ebene und an der Basis anzutreffen seien. Begründung: Man müsse der CDU (Ost) helfen, sich aus der Umklammerung der SED zu lösen.<sup>20</sup> Die Führung der hessischen CDU<sup>21</sup> und der West-Berliner CDU wollten durch persönliche Kontakte die reformerischen Kräfte in der CDU (Ost) ermutigen, auf personelle Veränderungen im dortigen Hauptvorstand hinzuwirken und die Partei zu einer glaubwürdigen Alternative zur SED aufzubauen.

---

17 Erklärung Rühle zum Rücktritt Götting, in: Deutschland-Union-Dienst, 3. November 1989.

18 Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 25. Oktober 1989, in: ACDP 07-001-1422.

19 Zu den angebahnten Gesprächen vgl. Ansgar Vössing: Die Kontakte der Berliner CDU zur Opposition und zu den neuen Parteien in der DDR. Erinnerungen aus der Zeit zwischen September 1989 und Oktober 1990, in: Deutschland Archiv 1 (2010), S. 52–59.

20 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 9. Oktober 1989, in: ACDP 07-001-1110.

21 Jung: Die letzten Tage der Teilung, S. 72–83.

Anfang November trafen Diepgen, sein damaliger Pressesprecher und Vetter von Lothar de Maizière, Thomas de Maizière, sowie der CDU-Bezirksvorsitzende von Berlin (Ost), Siegfried Berghaus, in einem Gästehaus der CDU (Ost) zu einem Gespräch zusammen.<sup>22</sup> Denn Göttings Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden am 2. November 1989 hatte Signalfunktion und wurde in der CDU (West) ebenso als erstes Zeichen des Umbruchs verstanden wie der versuchte Brückenschlag des designierten Vorsitzenden Lothar de Maizière. Am 9. November 1989 bereitete mit einem Treffen im Konsistorium der Evangelischen Kirche in Berlin (Ost) der hessische CDU-Generalsekretär Franz Josef Jung die geplante Begegnung mit dem hessischen CDU-Vorsitzenden Walter Wallmann vor.<sup>23</sup> Schon bevor Lothar de Maizière am nächsten Tag durch den Hauptvorstand der CDU (Ost) zum Vorsitzenden gewählt wurde,<sup>24</sup> sprach er öffentlich davon, die CDU sei eine Partei, „in der christliche Bürger aller Konfessionen ihr Zuhause finden können“.<sup>25</sup> Dabei erinnerte er an die gemeinsamen historischen Wurzeln, die sich in unterschiedliche Richtungen entwickelt hätten. Man trage nun gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas.

Nach dem Mauerfall war zwar in der Führung der CDU (West) die Erkenntnis gewachsen, je unabhängiger die CDU (Ost) von der SED würde, desto mehr Möglichkeiten bestünden zur Zusammenarbeit mit starken reformerischen Kräften. Doch dominierte bei Kohl, Rühle, Kurt Biedenkopf und anderen unverändert Skepsis. Denn Altvordere in der CDU (Ost) wie das Mitglied des Hauptvorstands Winfried Wolk pochten wegen der unterschiedlichen Gesellschaftsformen darauf, dass beide Parteien „keine Bruderparteien“ seien. Nachdem bereits 30 Unionspolitiker Kontakte zur CDU (Ost) unterhielten, erging nun nach dem Mauerfall Kohls Auftrag an Rühle zu informellen Gesprächen mit der Führung CDU (Ost). Dabei ging es vor allem um die Klärung der entscheidenden Frage, ob die CDU als ehemalige Blockpartei vom Sozialismus Abschied nehmen und Chancen bei freien Wahlen in der DDR haben würde.<sup>26</sup>

Das Gespräch mit Rühle am 24. November 1989, an dem auch Diepgen und Thomas de Maizière teilnahmen, empfand Lothar de Maizière als „examinie-

---

22 Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. Unter Mitarbeit von Volker Resing. Freiburg/Breisgau u. a. 2010, S. 72–74.

23 Ebd., S. 75f.

24 Ebd., S. 57–59.

25 Menso Heyl: Ost-CDU glaubt weiter an den Sozialismus, in: Bild am Sonntag, 19. November 1989.

26 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 15. November 1989, in: ACDP 07-001-1112.



ren“. Rühle fühlte de Maizière auf den Zahn, fragte nach dessen ideologischer Haltung zur parlamentarischen Demokratie und zum Begriff „Sozialismus“, der Bereitschaft des neuen Vorsitzenden, das Regierungsbündnis mit der SED zu verlassen. Zugleich bekräftigte Rühle seine strikte Abneigung gegen den Aufbau von „ständigen Kontakten“ zwischen der CDU (West) und der CDU (Ost). De Maizière blieb jedenfalls nicht verborgen, dass in der Führung der CDU (West) zwei Lager existierten, nämlich die Befürworter und Gegner einer Zusammenarbeit.<sup>27</sup>

Tatsächlich steckte die CDU (West) in einem Dilemma. Einerseits konnte sie die CDU (Ost) als Ansprechpartner nicht negieren; andererseits wollte sie ihr keine Legitimation verleihen, die ihr große Teile der eigenen Anhängerschaft verweigerte. Zudem bestand für die CDU (West) die Gefahr, durch die ehemalige Blockpartei in der öffentlichen Meinung der DDR Ansehen zu verlieren und damit potenzielle Einbußen bei möglichen ersten gesamtdeutschen Wahlen zu erleiden. Praktisch war es jedoch unvermeidbar, den vielen Parteimitgliedern, die unter der SED-Diktatur gelitten und Zuflucht in der Kirche und in der Partei gesucht hatten, nun Unterstützung zu gewähren.

In der Sitzung des Bundesausschusses am 11. Dezember 1989, an der erstmals Martin Ziegler, Frank Rothmann, Dietmar Czork, Martin Kirchner und Winfried Wolk von der CDU (Ost) sowie Wolfgang Schnur, Rainer Eppelmann und Brigitta Kögler vom Demokratischen Aufbruch als Gäste teilnahmen, betonte Rühle, die CDU (West) sei bereit, mit Parteien auf allen politischen Ebenen politisch, organisatorisch, technisch zusammenzuarbeiten, die für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, die deutsche Einheit und Soziale Marktwirtschaft einträten.<sup>28</sup> Mit Verabschiedung des Leipziger Programms auf dem Gründungsparteitag am 16./17. Dezember 1989 bestätigte der „Demokratische Aufbruch sozial + ökologisch“<sup>29</sup> die Erwartungen der CDU (West). Diepgen sah bereits den DA und die CDU (Ost) sich aufeinander zu bewegen.<sup>30</sup> Denn mit der personellen Erneuerung und der programmatischen Wandlung auf ihrem Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 schlug die CDU (Ost) zwar den Weg der Erneuerung ein und war als erste Partei aus dem sozialistischen Einheitsblock ausgeschieden. Für die neue Satzung war in wesentlichen Teilen die Satzung der CDU (West) Vorbild.<sup>31</sup> Doch fehlte die klare

27 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 74–76.

28 Rede Rühle vor dem Bundesausschuss der CDU, Berlin, 11. Dezember 1989, in: ACDP 07-001-642.

29 Demokratischer Aufbruch sozial + ökologisch, Gründungsparteitag, Leipzig, 16.–17. Dezember 1989, in: ACDP 06-064-003/1.

30 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes, Bonn, 27. November 1989, in: ACDP 07-001-1113.

31 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 65–71.



Trennung. Zudem hatte de Maizière davon gesprochen, die Mehrheit der CDU (Ost)-Mitglieder sei der Idee eines „erneuerten Sozialismus“ verhaftet<sup>32</sup>. 40 Jahre DDR-Geschichte und CDU-Geschichte hätten den Bankrott vorbereitet. Der demokratische Sozialismus sei „der genetische Defekt der DDR und des in ihr betriebenen Pseudosozialismus“ gewesen. Damit wären „Mißerfolg und das Ende dieses Systems und auch in unserer Partei vorprogrammiert“ worden.<sup>33</sup> Hinzu kam, dass seine Rolle, die er in der Regierung Modrow als stellvertretender Ministerpräsident spielte, keineswegs klar war.<sup>34</sup> Er wiederum glaubte, in dieser Krisensituation werde bei einem Austritt der CDU aus der Regierung in der DDR das totale Chaos ausbrechen.<sup>35</sup>

Ein weiteres Zeichen zur Kooperationsbereitschaft mit der CDU (Ost) ging von dem Treffen der CDU-Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen der westdeutschen Länder am 18. Dezember in Frankfurt am Main aus. Als Begründung wurde das kompromisslose Eintreten für die Soziale Marktwirtschaft und die Einheit der Deutschen genannt. Doch auch CSU-Generalsekretär Erwin Huber macht deutlich, „wir sind offen für mehrere Gruppierungen“. Zugleich schlugen die Fraktionsvorsitzenden Regelungen für die deutsch-deutsche Zusammenarbeit auf Länderebene vor und sprachen sich für ein regionales „Netzwerk von Partnerschaften“ zwischen CDU-Landes- und Kreisverbänden mit den entsprechenden Parteigliederungen der CDU (Ost) aus.<sup>36</sup>

In Kohls Augen nutzte de Maizière um den Jahreswechsel zu wenig die Gelegenheit, mit den Kreisverbänden Partnerschaften aufzunehmen, um die Revitalisierung der Kreisverbände in der DDR voranzutreiben. Gleichwohl sagte Ruhe organisatorische und finanzielle Unterstützung für den Wahlkampf in der DDR zu.

Weitere Kontaktabbauungen erfolgten bei Gesprächen von Vertretern der rheinland-pfälzischen CDU, an der Spitze Karl Geimer und Christoph Böhr, mit CDU (Ost)-Generalsekretär Martin Kirchner und deren stellvertretenden Vorsitzenden Gottfried Müller am 5. Januar 1990<sup>37</sup> und auf Einladung des Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, an Lothar

---

32 Jung: Die letzten Tage der Teilung, S. 81f.

33 CDU-Sonderparteitag, Berlin, 15. Dezember 1989, Referat des Vorsitzenden der CDU, Lothar de Maizière, auf dem CDU-Sonderparteitag am 15. Dezember 1989, Pressematerial, in: ACDP 07-011-3855.

34 Hans-Rüdiger Karutz: Kein „Wendehals“, in: Die Welt, 13. November 1989. Menso Heyl: Ost-CDU glaubt weiter an den Sozialismus, in: Bild am Sonntag, 19. November 1989.

35 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 75.

36 Parteien/DDR. Union erkennt DDR-CDU als Partner an – Hilfen bei Parteaufbau, dpa-Meldung, 18. Dezember 1989, in: ACDP Dokumentation 2/20/10.

37 Ergebnisvermerk der Gespräche mit der CDU der DDR in der zentralen Parteischule in Burscheidungen/DDR vom 5. Januar 1990, 8. Januar 1990, in: ACDP 07-001-6907.

de Maizière. Das Gespräch kam am 8. Januar 1990 in Bonn zustande, dauerte aber erheblich kürzer als geplant und führte – mehr durch Zufall – zur ersten, unerwarteten Visite de Maizières in der CDU-Bundesgeschäftsstelle auf der Bonner Adenauerallee mit unliebsamen Folgen. Angeblich verhängten Rühle und Bundesgeschäftsführer Peter Radunski „eine Kontaktsperre“ für die Mitarbeiter gegenüber de Maizière.<sup>38</sup>

Am 10. Januar 1990 vereinbarten die westdeutschen Landesverbände bei ihrer konzertierten Unterstützung für den Volkskammerwahlkampf eine regionale Arbeitsteilung: West-Berlin für den Ostteil der Stadt, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein für Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen für Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen für Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland für Thüringen, Baden-Württemberg für Sachsen.<sup>39</sup>

Damit verstärkte sich die innere Abhängigkeit. Kohl erkannte die schwierige Situation für die CDU (West), eine Partnerpartei zu finden und zögerte Mitte Januar 1990 die Festlegung auf eine Gruppe so lange wie möglich hinaus. Er war nach wie vor davon überzeugt, die CDU (Ost) werde als ehemalige Blockpartei bei freien Wahlen in der DDR angesichts ihrer Diskreditierung in der Bevölkerung alleine keine Chance haben.<sup>40</sup> Dort gebe es „eine Menge vernünftiger Leute“, aber „auch schwer belastete Mitglieder“. Eine Art „Entnazifizierung“ der CDU (Ost) lehnte er ab. Stattdessen forderte er die Auswechslung der Galionsfiguren in der Spitze und in lokalen Bereichen.<sup>41</sup> Eigentlicher Grund war jedoch die Befürchtung, auf das falsche Pferd zu setzen. Denn die noch für den 6. Mai geplante Volkskammerwahl würde „die Vollendung der Revolution in der DDR per Stimmzettel, die Abwahl der SED“ sein. Angesichts des Autoritätsverlustes der CDU (Ost) als „Blockflötenpartei“ und schwindender Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung der DDR könnte sie auch der CDU (West) bei der kommenden Bundestagwahl schaden.<sup>42</sup> Zu genau wusste man im Bonner Adenauer-Haus: „Moderne Wahlkämpfe verlaufen wie eine Fahrt auf der Achterbahn.“<sup>43</sup> Für die CDU (West) war ein Wahlkampf un-

38 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 78f.

39 CDU-Landesverbände teilen sich die Unterstützung des Pendants im Osten, in: Die Welt, 11. Januar 1990. Daraus entwickelte sich eine flächendeckend Unterstützung der westdeutschen CDU-Kreisverbände. Dazu CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Organisation, Patenschaften in der DDR (gegliedert nach Bezirken u. Kreisen in der DDR), Stand: Mai 1990, in: ACDP 07-001-A12500.

40 Helmut Kohl: Erinnerungen 1990–1994. München 2007, S. 37f.

41 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Saarbrücken, 15. Januar 1990, in: ACDP 07-001-1114.

42 Carsten Tessmer: Innerdeutsche Parteienbeziehungen vor und nach dem Umbruch in der DDR. Erlangen 1991, S. 186f.

43 Vorlage Radunski an Rühle, Wahlkampfkonzeption zu Ihrem Vortrag im Bundesvorstand am 23. Januar 1990, 18. Januar 1990, in: ACDP 07-011-1348.

ter Umgehung der CDU (Ost) nicht möglich.<sup>44</sup> Umso wichtiger war es, für die CDU (West) in der DDR eigene Ansprechpartner zu haben. Die Ideallösung sah eine große Sammlungsbewegung aller nichtsozialistischen Kräfte unter Einschluss einer erneuerten CDU (Ost) vor.<sup>45</sup> Wiederum war nicht absehbar, ob es zur Spaltung des DA in SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) und Neues Forum kommen würde und wie viele dann noch die CDU (Ost) unterstützten.<sup>46</sup> Deutsche Soziale Union (DSU) als Sammelbecken verschiedenster Oppositionsgruppen<sup>47</sup>, die erst am 20. Januar 1990 offiziell in Leipzig gegründet wurde<sup>48</sup>, und Deutsche Forumpartei (DFP) standen der CDU (West) am nächsten. Doch beide befanden sich noch in der Gründungs- bzw. Konsolidierungsphase. Zudem war das Engagement der Kirchen für die CDU (Ost) nicht zu vernachlässigen. Insgeheim hoffte Kohl, CDU (Ost) und oppositionelle Gruppen fänden von selbst zueinander, und das Problem würde sich für die CDU (West) von alleine lösen. Nicht zuletzt, weil die Mehrheit im Bundesvorstand offizielle Kontakte mit der Führung CDU (Ost) ablehnte, sollte der Arbeitskreis „DDR-Kontakte“, bestehend aus Rühle, Wallmann, Ernst Albrecht, Hermann Gröhe, Bernhard Worms und Bernhard Vogel,<sup>49</sup> die Koordinierung leisten.

Bis Ende Januar 1990 blieb die CDU (West) bei ihrer Doppelstrategie: Fortsetzung der Kontakte zur „Schwesterpartei“ CDU (Ost) auf regionaler und kommunaler Ebene sowie Offenhalten der Option, zu neuen Parteien Beziehungen aufzubauen. Deshalb war nach Kohls Ansicht ein gemeinsames Dach für die CDU (Ost) erforderlich.<sup>50</sup>

Gleichwohl nahm der Druck auf ihn zu. Bei dem Treffen des Krone/Ellwanger-Kreises am 13. Januar 1990 warb der neue Generalsekretär der CDU (Ost), Kirchner, bei der CDU (West) um Vertrauen in die neue Führung, betonte die gemeinsamen programmatischen Ziele und ließ den geplanten Austritt der CDU (Ost) aus der Regierung Modrow durchblicken. Die Worte zielten

---

44 Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die Deutsche Einheit verhandelte. Stuttgart 1991, S. 41.

45 Vorlage Radunski an Rühle, Wahlkampfkonzeption zu Ihrem Vortrag im Bundesvorstand am 23. Januar 1990, 18. Januar 1990, in: ACDP 07-011-1348.

46 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums, Kanzlerbungalow, 10. Januar 1990, in: ACDP 07-001-1423.

47 Forumpartei, Fortschrittliche Volkspartei, CSU/DSU, Freie Demokratische Union, Sozialbürgerliche Union, Deutsche Freiheitsunion, Vereinigte Union Sachsen, CDSU, Deutsche Friedensunion, Thüringische Friedensunion und Thüringische Forumpartei.

48 Zur Entstehung der DSU Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 149–166.

49 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums, Kanzlerbungalow, 10. Januar 1990, in: ACDP 07-001-1423.

50 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 23. Januar 1990, in: ACDP 07-001-1115.

darauf, die Skepsis von Helmut Kohl zu mildern.<sup>51</sup> Für dessen Bereitschaft zu dem Treffen mit de Maizière in der zweiten Januarhälfte<sup>52</sup>, mit Wolfgang Schnur und Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling<sup>53</sup> sowie für dessen Gespräche am 1. und 5. Februar 1990 in West-Berlin<sup>54</sup> über die Bildung eines Wahlbündnisses waren verschiedene Gründe maßgeblich.

Erstens setzte die Vorverlegung des Termins der Volkskammerwahl vom 6. Mai auf den 18. März die CDU (West) unter enormen Zugzwang. Zweitens wurden angesichts der Umbenennung der SDP in der DDR in SPD<sup>55</sup> seitens der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Besorgnisse und Forderungen nach einem klärenden Wort des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden laut. Ein Gesamtkonzept sollte her und Kohl sich auf Ansprechpartner festlegen, die keiner Zersplitterung Vorschub leisteten.<sup>56</sup> Drittens hatte die CDU (Ost) mit ihrem Austritt aus der Regierung Modrow nach Beschluss des Präsidiums am 25. Januar 1990<sup>57</sup> endlich die geforderte Trennung vollzogen. Die CDU (West) feierte diesen Schritt als Befreiungsschlag der CDU (Ost) aus 40 Jahren „babylonischer Gefangenschaft der SED-Diktatur“<sup>58</sup>. Viertens war eine wachsende Einsicht beim DA zur Zusammenarbeit mit der CDU (Ost)<sup>59</sup> erkennbar. Somit ging es nicht allein um die CDU (Ost), sondern um den Aufbau einer potenziellen christlichen Volkspartei. Fünftens hatte de Maizière offenbar Gefallen daran gefunden, die westdeutsche CDU aufzumischen. Denn seine Begegnung am 27. Januar 1990 in Neuss mit dem Bundestagsabgeordneten Willy Wimmer schlug im Adenauer-Haus wie eine Bombe ein. Wimmer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung und Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederrhein, setzte damit ein Zeichen. Ziel der Aktion war, Kohl zusätzlich unter Druck zu setzen.<sup>60</sup> De Maizière betonte in dem Gespräch mit Wimmer, so könne es nicht weitergehen. „Die Bundes-CDU kann nicht wollen, daß die DDR-CDU zerbricht.“ Differenzpunkte müssten nun „außen vorgelassen werden. Es geht jetzt dringlich um die Frage der Unterstützung der Bundes-CDU im Wahlkampf der DDR. Die CSU würde vom Süden her (nach

51 Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 49f.

52 Kohl: Erinnerungen 1990–1994, S. 38f.

53 Ebd., S. 39.

54 Ebd., S. 40.

55 Ebd., S. 39.

56 Nachricht der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen, an den Parlamentarischen Geschäftsführer Bohl, Vorgezogener Wahltermin, 29. Januar 1990, in: ACDP 07-001-6901.

57 Protokoll der Präsidiumssitzung, 25. Januar 1990, in: ACDP 07-011-3510.

58 Nach langem Zögern lädt Kohl de Maizière ein, in: Die Welt, 29. Januar 1990.

59 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums, Bonn, 29. Januar 1990, in: ACDP 07-001-1423.

60 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 79f.

Einfluß) ‚grapschen‘. Die DSU sei nicht aus sich heraus entstanden, sondern von der CSU ‚gebastelt‘. De Maizière habe besonders das ‚C‘ betont<sup>61</sup> und neben dem Bekenntnis zur Wiedervereinigung, Sozialen Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit eine Absage an den Sozialismus erteilt. Damit war die programmatische Übereinstimmung hergestellt.

Die Verhandlungen über das Zustandekommen der ‚Allianz für Deutschland‘ stellten ein eigenes Kapitel dar<sup>62</sup>, vor allem wegen der Vorbehalte des DA gegen die Deutsche Forumpartei. Denn immerhin war der DA nach der CDU (Ost) zweitstärkste Kraft<sup>63</sup>, ganz abgesehen von dem Sonderfall Thüringen, wo bereits ein Wahlbündnis zwischen CDU (Ost), DA, DSU und DFP zustande gekommen war und nun Hoffnung auf die Signalwirkung für die Bildung der ‚Allianz für Deutschland‘ bestand.

Am 3. Februar 1990 entschied der Hauptausschuss des DA in Halle, ein Bündnis mit CDU (Ost), der DSU und der DFP für die Volkskammerwahl zu schließen. Maßgeblicher Grund soll die finanzielle Wahlkampfunterstützung der CDU (West) gewesen sein. In dieser Frage hatte sich Schnur offenbar gegen Eppelmann durchgesetzt. Parallel dazu nahm der Vorsitzende der Jungen Union (JU), Hermann Gröhe, als Gast an der 1. Bundeskonferenz der Christlich-Demokratischen Jugend (CDJ) der DDR in Burgscheidungen bei Halle teil. Die CDJ hatte sich noch vor dem Mauerfall am 9. November 1989 in der Absicht gegründet, der Jugend der DDR ein Forum für ‚einen eigenständigen christlich-demokratischen Beitrag zur Erneuerung der DDR‘<sup>64</sup> zu leisten, um die Vormacht der FDJ (Freie Deutsche Jugend) und der SED in der Jugendarbeit zu brechen. Die Bundeskonferenz hatte zugleich dem Bundesvorstand unter Leitung von Christoph Bender den Auftrag erteilt, mit der Initiative Jugend im Demokratischen Aufbruch und der Jungen Union der DSU über die Bildung eines gemeinsamen Christlich-Demokratischen Jugendverbandes zu verhandeln. Die Organisationsform sollte über den Begriff ‚Bündnis oder Allianz‘ hinausgehen.<sup>65</sup> Ziel der Jungen Union war es, einen gesamtdeutschen christlich-demokratischen Jugendverband herzustellen. Der Arbeitsausschuss von

---

61 Vorlage Roik an Kohl, Gespräch Lothar de Maizière mit Willy Wimmer am vergangenen Samstag, 31. Januar 1990, in: ACDP 07-001-6907.

62 Dazu Michael Richter: Die Bildung der Allianz für Deutschland, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 335–346.

63 Unions-Strategie für DDR gescheitert, in: Die Welt, 3./4. Februar 1990.

64 Junge Union Deutschlands, Pressemitteilung 8/90, Christlich-Demokratische Jugend der DDR beendet 1. Bundeskonferenz. Christoph Bender zum Vorsitzenden gewählt, 6. Februar 1990, in: ACDP 07-001-6909.

65 Vorlage Roik an Kohl, 5. Februar 1990, ebd.

JU und CDJ diene dazu als Koordinierungsinstrument.<sup>66</sup> Im Hintergrund spielte vor allem der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Anton Pfeifer, eine Rolle, der in einem Gesprächskreis ein Konzept für „den beabsichtigten Beitrag der Bundesregierung zur Unterstützung demokratischer Strukturen einer pluralen Jugend- und Studentenarbeit in der DDR“ zusammengerufen hatte.<sup>67</sup>

Mit Gründung der „Allianz für Deutschland“ am 5. Februar 1990, übrigens ohne die DFP, wurde unter dem Motto „Nie wieder Sozialismus“ eine Wahlkampfplattform geschaffen. Mit Blick auf die Zukunft des deutschen Parteiensystems war es für die CDU (West) wichtig, möglichst viele Partner zu haben. Bernd Neumann, der vor Ort als Koordinator der „Allianz für Deutschland“ beim Demokratischen Aufbruch die Mitglieder beriet, bekam sehr bald zu spüren, wie „schwierig und mühsam“ sich die Zusammenarbeit gestaltete.<sup>68</sup>

Die Neugründung der CDU-Landesverbände bedeutete den ersten Schritt zur organisatorischen Anpassung an die CDU (West). Zuerst gründete sich der Landesverband Thüringen am 20. Januar 1990 in Weimar, am 17. Februar folgte die Gründung des Landesverbandes Berlin für den Ostteil der Stadt in Berlin-Weißensee sowie die Neugründung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt am 25. Februar in Magdeburg. Entsprechende Neugründungen der Landesverbände Brandenburg in Potsdam, Mecklenburg-Vorpommern in Rostock und Sachsen in Dresden kamen am 3. März zustande. Der überwältigende Sieg der „Allianz“ bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990, der trotz der Enttarnung des DA-Vorsitzenden Schnur als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, vier Tage vor der Wahl, zustande kam, wirkte wie ein Katalysator auf die Wiedervereinigung insgesamt, aber auch auf den Zusammenschluss der bürgerlichen Parteien. Radunski sprach gar vom größten Erfolg Kohls in seiner politischen Laufbahn. Es war nicht zuletzt der vorhandene organisatorische Unterbau der CDU (Ost), der der „Allianz“ im Wahlkampf in den ehemaligen Hochburgen der SPD aus den Zeiten der Weimarer Republik entscheidende strategische Vorteile bescherte.

Schon am nächsten Tag verkündete Helmut Kohl im Bundesvorstand: „Ziel sei *eine* Partei in West und Ost“. Die jetzige Formierung der CDU (Ost) sei noch

---

66 Junge Union Deutschlands, Pressemitteilung 8/90, JU-Vorsitzender Hermann Gröhe bei der Bundeskonferenz der Christlich-Demokratischen Jugend (CDJ) der DDR, 1. Februar 1990, ebd.

67 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Politik, Abteilung Innenpolitik, Vorlage Bergner an Rühle, Unterstützung der Jugendarbeit in der DDR, 1. Februar 1990, ebd.

68 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Zum Bericht des Generalsekretärs für die Präsidiumssitzung am 5. März 1990 über die Unterstützung unserer Partnerparteien in der DDR, 2. März 1990, in: ACDP 07-001-1488.

nicht abgeschlossen, und die DSU-Anhänger würden am ehesten potenzielle CDU-Mitglieder werden. Erwin Teufel brachte es auf den Punkt: Die Allianz sei eine notwendige Zwischenlösung gewesen, die Zusammenführung nun zwingend notwendig. Es könnten in einem Land nicht zwei C-Parteien konkurrieren. Aufgrund des Wahlsiegs hielt Heiner Geißler die CDU-Ost für „praktisch salviert“. Hans-Otto Wilhelm schlug vor, einen Parteirat für ganz Deutschland zwischen der CDU (West) und den Allianz-Parteien in Berlin zu bilden.<sup>69</sup>

Zwei Tage später, am 21. März 1990, kamen Lothar de Maizière, Hans-Wilhelm Ebeling (DSU) und Rainer Eppelmann (DA) bei einem Treffen mit Kohl und Waigel überein, „die im Wahlkampf bewährte Zusammenarbeit“ nunmehr „in der Parlaments- und Regierungsarbeit fortzusetzen“ und eine „Arbeitsgemeinschaft der Abgeordneten der Allianz für Deutschland in der Volkskammer“ zu bilden.<sup>70</sup> Damit war eine wichtige institutionelle Verankerung erreicht. Mit der Aktion „Freunde helfen Freunden“<sup>71</sup> sicherten sich die Allianz-Parteien zugleich die Wahlkampfunterstützung durch die Profis aus dem Adenauer-Haus in Bonn für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf in der DDR.

Gegen Ende März konkretisierten sich die Überlegungen für das Zusammengehen von CDU (West) und CDU (Ost), für die vor allem die Hessen und Berliner plädierten.<sup>72</sup> Kohl wollte nun die bisherige Vorreiterrolle der Landesverbände bremsen. Über die Fusion „könne nicht von einzelnen Parteigliederungen vorab darüber entscheiden werden“, machte er im Bundesvorstand am 23. März 1990 klar. In Anbetracht der Bundestagswahl sei ein Gesamtkonzept erforderlich, das er mit de Maizière besprechen müsse, wozu aber bislang noch keine Möglichkeit gewesen sei.<sup>73</sup> Immerhin ging es um die Zusammenführung von 658.584 Mitgliedern der CDU (West)<sup>74</sup> und 131.351 Mitgliedern der CDU (Ost) eigenen Angaben zufolge mit Stand vom 31. März 1990<sup>75</sup>, das waren 19,94 Prozent. Kohl zweifelte, „ob es richtig sei,

---

69 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 19. März 1990, in: ACDP 07-001-1117.

70 Wortlaut der Erklärung, Bonn, 22. März 1990, in: ACDP 07-001-6907. Kohl: Erinnerungen 1990–1994, S. 51f.

71 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 26. März 1990, in: ACDP 07-001-1423.

72 Wallmann dringt auf eine schrittweise Fusion der CDU, in: FAZ, 27. März 1990. CDU-Landesverbände beanspruchen Vorreiterrolle, ebd., 30. April 1990.

73 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 23. April 1990, in: ACDP 07-001-1423.

74 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Organisation, Mitgliederbewegung im März 1990, 9. April 1990, in: ACDP 07-001-A12501.

75 Von Ende Dezember 1990 an wurden die in der zentralen Mitgliederkartei der ehemaligen Hauptgeschäftsstelle in Berlin geführten Mitglieder der alten CDU (Ost) in die zentrale Mitglieder-Kartei der CDU Deutschlands übernommen und bis Oktober 1991 einer Überprüfung unterzogen. Demnach umfasste die in Berlin geführte Kartei zum 31. Dezember



zu *einer* CDU Deutschlands vor diesen Wahlen zu kommen“. Dahinter stand die Überlegung, für eine Übergangszeit die CDU (Ost) als Dachverband aufrechtzuerhalten. Die Entwicklung wollte Kohl von der Entstehung der Länder in der DDR abkoppeln, denn erst dann würden auch richtige Landesverbände entstehen. Zudem sei eine Statutenänderung erforderlich, die nur unter Zustimmung der Gesamtpartei möglich wäre. Rühle sah das Jahr 1990 noch als „Phase der Kooperation zwischen CDU (West) und CDU (Ost)“, also nicht als Vereinigungsjahr. Gleichwohl kam es zu ersten Besprechungen der Bundesgeschäftsstelle mit den Kollegen der CDU (Ost) unter Einbeziehung der Kreisparteivorsitzenden.<sup>76</sup>

Wallmann und Dieppen ließen sich von alledem nicht beirren. Mit Uwe Ehrlich liefen bereits konkrete Gespräche in Erfurt für eine erste hessisch-thüringische CDU-Versammlung Ende April in Eisenach, und Dieppen plante für den 7. Mai erstmals nach 42 Jahren einen gemeinsamen Kongress der Berliner Unionsverbände.<sup>77</sup> Nach Bildung der großen Koalition unter Lothar de Maizière am 2. April 1990 sorgte der Ausgang der Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 bei den kleinen Partnern für herbe Ernüchterung. Während die CDU (Ost) 34,37 Prozent verbuchen konnte, kamen die DSU nur auf 3,41 Prozent und die DBD auf 3,67 Prozent. Nachdem bei der Volkskammerwahl für den DA nur 0,9 Prozent herausgesprungen waren, war dieser praktisch politisch bedeutungslos geworden. Damit stellte sich für beide die Überlebensfrage im politischen System des wiedervereinten Deutschland. Während Teile der DSU für ein Zusammengehen mit der CDU (Ost) plädierten, entschloss sich aber die Mehrheit der DSU-Mitglieder für die weitere Eigenständigkeit.<sup>78</sup>

Im Mai wurden im Adenauer-Haus mit Blick auf den sich abzeichnenden ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlkampf die Weichen für die Zusammenschlüsse gestellt.<sup>79</sup> Kohl drängte, die Erfolge seiner Politik mit dem

---

1990 134.409 Mitglieder, nach Überprüfung der Kartei betrug die Mitgliederzahl in den fünf neuen Landesverbänden 111.248 Mitglieder. Angaben in: 2. Parteitag der CDU. 14.–17. Dezember 1991. Dresden. Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, S. 24, in: ACDP 07-001-22435.

76 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 23. April 1990, in: ACDP 07-001-1118.

77 Berliner Ost-CDU versteht sich als Gegengewicht, in: FAZ, 7. Mai 1990.

78 Dazu Michael Richter: Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990, in: Ders./Martin Reißmann (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Weimar u. a. 1995, S. 235–251, hier S. 248.

79 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Organisation sowie Justitiariat, Schumacher und Scheib, Ergebnis-Vermerk über die Besprechung am 11. Mai 1990 bei der HA IV, Rechtliche und organisatorische Vorüberlegungen für eine Zusammenführung der CDU Deutschlands (CDU-Bund) und der CDU der DDR (Ost-CDU) sowie für einen gesamtdeutschen Bundestagswahlkampf, 14. Mai 1990, in: ACDP 07-001-A14069a.

Abschluss des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion dem Wähler zu kommunizieren und erhöhte nun auf innerparteilicher Schiene das Tempo der Zusammenführung. Der „Zug der deutschen Einheit fahre langsam durch den Bahnhof der deutschen Geschichte. Wenn man jetzt nicht aufsteige, werde der Zug eine längere Zeit nicht wiederkommen“<sup>80</sup>, warnte der Parteivorsitzende den Bundesvorstand. Klare Entscheidungen waren erforderlich. Das Desaster der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen und die aufkommende Frage nach den Kosten der Wiedervereinigung konnten verheerende Wirkung auf die gesamtdeutschen Wahlen haben. Von kritischen Nachfragen würde der 38. Bundesparteitag in Hamburg voraussichtlich nicht verschont bleiben. Bis dahin musste die CDU als gesamtdeutsche Partei gebildet sein.<sup>81</sup> Kohl hielt Hinweise für „unerheblich“, die vor einem ähnlichen Schicksal warnten, wie es 1945 Winston Churchills ereilte, der den Zweiten Weltkrieg gewonnen und die anschließenden Wahlen zum Unterhaus verloren hatte. Mehr sorgte er sich um das innenpolitische Klima. Würden das einst „rote“ Sachsen, die verbliebenen Protestanten und die zunehmende Zahl religiös ungebundener Wähler in der DDR auch weiterhin CDU wählen?<sup>82</sup> Je mehr Fragen und Probleme der Wiedervereinigung öffentlich diskutiert wurden, desto größer wurde der Zeitdruck. Für Ende Mai waren Beratungen über eine deutschlandpolitische Resolution vorgesehen. Die Initiative für den Zusammenschluss sollte jedoch, wie Kohl sagte, „von drüben“ kommen. Zudem sei die Frage der Vermögenswerte zu lösen. Neumann schlug vor, den Allianzgedanken fallen zu lassen und stattdessen eine gesamtdeutsche CDU zu bilden.<sup>83</sup> De Maizière sollte unter Druck gesetzt werden, bei der Wiedervereinigung zum Abschluss zu kommen.<sup>84</sup>

So einfach aber war das alles nicht zu bewerkstelligen. Das Büro des Bundesgeschäftsführers wies am 14. Mai 1990 zu Recht darauf hin, im Statut sei keine Bestimmung über den Zusammenschluss mit einer anderen Partei enthalten. Denkbar waren zwei Wege, ähnlich wie in Artikel 23 Grundgesetz vorgesehen, dass die neuen Landesverbände der CDU (Ost) der CDU (West) beitreten oder dass die CDU (Ost) als eine Körperschaft der CDU (West) beitrete unter Bezug auf § 65 Bundeswahlgesetz. Abgesehen davon stellte sich die

---

80 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 14. Mai 1990, in: ACDP 07-001-1119.

81 Kohl: Erinnerungen 1990–1994, S. 108–110.

82 Ebd., S. 189.

83 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 14. Mai 1990, in: ACDP 07-001-1119.

84 Sitzung des Präsidiums der CDU, 14. Mai 1990, in: ACDP 07-001-1423.

Frage, wie der Zusammenschluss der Vereinigungen vonstatten gehen sollte.<sup>85</sup> In Gesprächen zwischen Kohl, de Maizière und den drei Landesvorsitzenden Ebeling, Eppelmann und Ulrich Junghanns, erster stellvertretender Vorsitzender der DBD, zeichneten sich Lösungen ab.

In der Präsidiumssitzung am 31. Mai 1990 berichtete Kohl, der Fahrplan sei geklärt. Der Bundesvorstand der CDU (West) sollte Empfehlungsbeschlüsse fassen, die dann dem Bundesparteiausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt würden. Delegierte der CDU (Ost) sollten bei der nächsten Bundesvorstandssitzung anwesend sein. Auf dem Parteitag selbst sollten 150 Delegierte gemäß dem 20-Prozent-Anteil der Mitglieder der CDU (Ost) an der künftigen Mitgliederzahl der gesamten CDU repräsentieren und über die Landesparteien oder auf dem Bundesparteitag hinzu gewählt werden. DDR-Delegierte wären dann Gäste der Beschlussfassung. Außerdem sollten Präsidium und Parteivorstand komplett neu gewählt werden, was zuvor den Rücktritt aller Präsidiumsmitglieder erforderlich machte.<sup>86</sup> Da Ernst Albrecht seinen Verzicht auf die Wiederwahl erklärte, schlug Kohl als Nachfolger Lothar Späth vor. Die sieben stellvertretenden Parteivorsitzenden würden künftig durch nur einen Stellvertreter, nämlich Lothar de Maizière, ersetzt. Der Parteivorstand sollte um vier Mitglieder von 20 auf 24 bei einer Amtszeit von zwei Jahren erhöht werden. Kohl kam dem Wunsch de Maizières nach, eine Programm-Kommission einzurichten,<sup>87</sup> allerdings erst auf dem Parteitag<sup>88</sup> und nicht bereits zuvor. Unklar war, welche Gremien welche Beschlüsse fassen. Die Fusionsbeschlüsse mussten die jeweiligen Landesparteitage fassen. Dabei galt es, „auf jeden Fall“ den „Vorwurf des Anschlusses“ zu vermeiden. Außerdem war ein Auflösungsbeschluss der Exil-CDU erforderlich. Und die DSU hatte sich aufgrund innerer Auseinandersetzungen zwischen ihren prominentesten Protagonisten, Peter-Michael Diestel und Pfarrer Ebeling, und der Parteibasis selbst ins Abseits gestellt. Damit wurde die Ausbreitung der CSU in die DDR gestoppt und ein möglicher Konflikt mit der CDU über deren

---

85 Vorlage Justitiar Scheib an Bundesgeschäftsführer Radunski, Zusammenführung der CDU Deutschlands (CDU-Bund) und der DDR-CDU auf dem bevorstehenden CDU-Bundesparteitag in Hamburg, 31. Mai 1990, in: ACDP 07-001-22415.

86 Rücktritts-Erklärung von Helmut Kohl im Zusammenhang mit der Vereinigung der CDU in Deutschland, 12. September 1990, in: ACDP 07-011-1349.

87 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 31. Mai 1990, in: ACDP 07-001-1423.

88 Vorlage Staudacher an Rühle, Grundsatzprogrammdiskussion, 12. Juli 1990, in: ACDP 07-001-A12500. Zu den Arbeiten der unter Leitung von Lothar de Maizière eingesetzten Kommission vgl. Ingrid Reichart-Dreyer: Das Zusammenwachsen der CDU durch die Meinungsbildung zum ersten gesamtdeutschen Grundsatzprogramm „Frei in Verantwortung“, in: Heiner Timmermann (Hg.): Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit. Berlin 2001, S. 617–646.

Ausweitung über Bayern hinaus der Boden entzogen. Übereinstimmend war das Präsidium der Meinung, die CDU solle die erste Partei sein, die die Teilung überwindet. Besonderen Wert legte Kohl auf die Dramaturgie und emotionale Wirkung des Parteitages nach außen. Es sollte ein Tag der Geschichte und der Totenehrung werden. Die wiedervereinigte CDU müsse in den Medien ein Bild der Geschlossenheit bieten, das ein Signal für die bevorstehenden Landestags- und Bundestageswahlen wäre.<sup>89</sup>

Am Statut der Partei wollte man in der Bundesgeschäftsstelle (dem „Adenauer-Haus“) so wenige Änderungen wie möglich vornehmen. Doch waren noch wichtige rechtliche Fragen offen, vor allem ob bis zum Parteitag in der DDR die Landesverbände als funktionsfähige Organisationseinheiten wie in den Ländern der Bundesrepublik existieren würden. Lägen bis zum 20. September rechtskräftige Gesetze über die Ländergründungen vor, wäre die Fusion nicht nötig. Um dem zu entgehen, kam nicht eine Fusion im rechts- und parteirechtlichen Sinne in Frage, sondern nur die Zusammenführung von zwei Parteien, die aufgrund historischer Umstände getrennt waren. Somit bestand die Möglichkeit der Zusammenführung nach § 16 Absatz 1 Satz 1 des Statuts der CDU.<sup>90</sup>

Wenige Tage später, am 6. Juni, erklärte Rühle öffentlich auf die Frage, ob es „ein ‚Beitritt‘ der CDU Ost“ sei oder es „sich um einen Zusammenschluss gleichberechtigter Partner“ handle, es gehe „um die Wiedervereinigung der CDU“. Am Ende des Parteitags am 1. Oktober werde „eine neue gemeinsame Führung“ stehen.<sup>91</sup> In seinem Lagebericht vor dem Bundesvorstand am 11. Juni ging Kohl davon aus, es werde „zu einer wirklichen Fusion der beiden Parteien“ kommen. „Für eine Übergangszeit sollte die CDU-Ost einen bestimmten eigenen Rahmen behalten“, und zwar für etwa zwei Jahre. In erster Linie war damit wohl der Abbau des Personalbestandes gemeint, der auf Dauer nicht zu finanzieren war. Gleichzeitig mahnte Kohl die Klärung der vermögensrechtlichen Fragen an. Er wollte „die Frage des ‚ungerechtfertigten Vermögens‘ vor den gesamtdeutschen Wahlen für jedermann erkennbar geregelt“ wissen und in einen „Fonds für die Opfer des Stalinismus“ einbringen. Die Unterstützung der DSU seitens der CSU auf dem Gebiet der Bundesrepublik hatte der Parteivorsitzende in einem Gespräch mit dem CSU-Präsidium abge-

---

89 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 31. Mai 1990, in: ACDP 07-001-1423.

90 Vorlage Justitiar Scheib an Bundesgeschäftsführer Radunski, Zusammenführung der CDU Deutschlands (CDU-Bund) und der DDR-CDU auf dem bevorstehenden CDU-Bundesparteitag in Hamburg, 31. Mai 1990, in: ACDP 07-001-22415.

91 Interview Rühle mit der Augsburger Allgemeinen Zeitung am 6. Juni 1990, 7. Juni 1990, in: ACDP Dokumentation Rühle Interview.

lehnt, um deren Ausdehnung über Bayern hinaus keinen Vorschub zu leisten. Tolerieren wollte er lediglich die Hilfe der CSU für die DSU in der DDR und – in Absprache mit der CDU – eine denkbare Zusammenarbeit der CDU (Ost) mit der DSU dort. Berlin stellte diesbezüglich eine Sondersituation dar.<sup>92</sup>

Am 14. Juni 1990 stellte das Präsidium der CDU (Ost) an den Parteivorstand den Antrag zur Wahl der Delegierten für den gemeinsamen Parteitag in Hamburg. Von den 150 Delegierten kamen nach Mitgliederstärke 131 Delegierte aus den Landesverbänden und 19 Delegierte aus dem Präsidium, je nach Stärke der Landesverbände.<sup>93</sup> Ursprünglich war geplant, den 17. Parteitag der CDU (Ost) am 9./10. März 1990 abzuhalten, er wurde dann auf den 28./29. September 1990 verschoben, fand jedoch aufgrund der Beschlüsse der Landesverbände nicht mehr statt.

Am 17. Juni 1990 empfahl das Präsidium, am 25. Juni 1990 der Parteivorstand der DBD den Mitgliedern die Aufnahme in die CDU (Ost) mit der Begründung, der gesellschaftliche Vertretungsauftrag sei im parteipolitischen Alleingang wenig erfolgversprechend. Um den Mitgliedern eine neue politische Heimat und Perspektive im gesamten Deutschland zu geben und zur Stärkung des konservativ-liberalen Lagers werde der Zusammenschluss erforderlich, wovon nur ehemalige SED-Mitglieder ausgeschlossen wurden, die nach dem 9. November 1989 ausgetreten waren.<sup>94</sup> Der Entscheidungsprozess, hieß es, gehe von der Basis aus und richte sich auf die Schaffung föderaler Parteistrukturen, die auf Landesebene vollendet würden. Um der DBD keinen Anspruch auf einen künftigen Sitz im Präsidium einzuräumen, ließ der DA seinen Anspruch und die dafür vorgesehene Kandidatin, Angela Merkel, fallen.

Am 18. Juni sprach Lothar de Maizière erstmals vor einem offiziellen Gremium der CDU (West), dem Bundesausschuss. Er betonte, wie belastend es für die CDU in der DDR gewesen sei, dass trotz „der gleichen Wurzel“ das Gespräch „von der einen Seite nicht gesucht und von der anderen Seite strikt

---

92 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 11. Juni 1990, in: ACDP 07-001-1120.

93 Antrag des Präsidiums an den Parteivorstand, Präsidiumsbeschluss vom 14. Juni 1990, in: ACDP 07-010-3520. VIII. Tagung des Parteivorstandes am 21./22. Juli 1990, Vorlage S-VIII-19, Antrag des Präsidiums an den Parteivorstand, Wahlmodus für die Delegierten zum gemeinsamen Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands am 1. und 2. Oktober 1990 in Hamburg, in: ACDP 07-011-3855.

94 VII. Tagung des Parteivorstandes der CDU am 26.6.1990, Vorlage S-VII-16, Antrag des Präsidiums an den Parteivorstand der CDU und Beschlussprotokoll der VII. Tagung des Parteivorstandes am 26. Juni 1990 sowie Beschluss der 6. Tagung des Parteivorstandes der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands vom 25. Juni 1990, Entwurf, in: ACDP 07-011-3855.

verweigert wurde“. Mit Blick auf die gemeinsame CDU hob er einmal mehr hervor, das „C“ müsse das gemeinsame Zukunftsprogramm sein.<sup>95</sup>

Fortan verhandelten Rühle und teils Peter Radunski mit Horst Korbella, dem geschäftsführenden stellvertretenden Vorsitzenden der CDU (Ost), über weitere Einzelheiten. Dazu gehörten Forderungen de Maizières, als stellvertretender Vorsitzender gemeinsam mit den Parteivorsitzenden das Vorschlagsrecht für den Posten des Generalsekretärs zu erhalten, ein Mitspracherecht beim Parteiprogramm hinsichtlich der christlichen Werte, des Gewichts ökologischer und sozialer Fragen und die Klärung des Sitzes der Bundesgeschäftsstelle.<sup>96</sup> Die Anpassung der Satzungen der neuen Landesverbände an das Bundesstatut war – mit Ausnahme Berlins – bis Ende 1992 vorgesehen. Der Zusammenschluss der Vereinigungen sollte erst nach dem gemeinsamen Parteitag erfolgen. Akzeptiert wurde lediglich der für September in Leipzig geplante Zusammenschluss der Jungen Union und der Christlich Demokratischen Jugend. Rühle und Korbella kamen zudem am 9. Juli 1990 überein, künftig solle es nur eine gemeinsame Parteizentrale geben, und zwar in Bonn.<sup>97</sup>

Im Juli und August ging es um die Beschlusssentwürfe der Beitrittserklärung der Landesverbände, die Vorbereitung der Entscheidungen in den Gremien der Landesverbände sowie die Delegiertenwahlen und Ermächtigungen. Auf dem Sonderparteitag des DA am 4. August 1990 liefen die Meinungen über den richtigen Weg noch auseinander, ob der DA als eigene Partei in die bevorstehenden Landtagswahlen gehen oder geschlossen der CDU beitreten sollte.<sup>98</sup> Nach heftigen Diskussionen fiel der Beschluss über die Fusion mit der CDU (Ost), der allerdings an harte Bedingungen geknüpft wurde.<sup>99</sup> Es sollte eine angemessene Repräsentanz der DA-Mitglieder in Vorständen der CDU und bei Landtags- und Bundestagskandidaturen sichergestellt sein und ein „Arbeitskreis Demokratischer Aufbruch“ innerhalb der Partei gebildet werden. Überdies war die erste Teilnahme der fünf Landesgeschäftsführer der CDU (Ost) an der Geschäftsführerkonferenz der CDU (West) am 15. August 1990 überschattet von dem Vorwurf gegen den inzwischen beurlaubten Generalsekretär der CDU (Ost), Kirchner, er habe für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet.

---

95 Rede Lothar de Maizières vor dem Bundesausschuss, 18. Juni 1990, Bonn, in: ACDP 07-011-3632.

96 Kohl: 1990 wird das Jahr der deutschen Einheit, in: FAZ, 19. Juni 1990.

97 Die CDU bereitet Vereinigung vor, ebd., 10. Juli 1990.

98 Johannes Gerster: Nicht angepasst. Mein Leben zwischen Mainz, Bonn und Jerusalem. Ingelheim 2010, S. 194.

99 Zu Tagesordnung, Beschluss, Verhandlungsleitlinie und Vorstellungen zur inhaltlichen Ausgestaltung bzw. zur Organisation des Arbeitskreises „Demokratischer Aufbruch“ innerhalb der CDU: Demokratischer Aufbruch. Sonderparteitag, 4. August 1990, in: ACDP 06-064-003/1.

Nach dem Streit zwischen Kohl und de Maizière über den Termin des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes Anfang August und dem Zerfall der CDU (Ost)-geführten Koalition in der DDR gab Kohl am 22. August 1990 im Präsidium die Parole aus: Vom Parteitag solle das Signal ausgehen: „Wir sind wieder zusammen.“ 12 Tage vor der Landtagswahl in Bayern und vor den Landtagswahlen in der DDR müsse die CDU auf dem Parteitag ein Beispiel an Geschlossenheit bieten. Es gehe darum, den Parteimitgliedern das Gefühl zu vermitteln: „Wir sind die CDU. Wir sind die bestimmende Kraft in Deutschland. Wir gewinnen die Wahl“.<sup>100</sup> Die Wahlen würden gewonnen, wenn in ernster und offener Weise die schwierigen Probleme mit den Menschen erörtert würden, und der Bezug Deutschlands zu Europa hergestellt werde. Dabei seien Frauen, Familie, junge Generation sowie die Ökologie wichtige Sachthemen. Das künftige Präsidium sollte nun von 10 auf 14 Mitglieder aufgestockt werden, der Bundesvorstand von 20 auf 26 Mitglieder. Kohl schlug für das Präsidium die Kandidaten Lothar de Maizière, Günther Krause, Sabine Bergmann-Pohl und Hans-Joachim Meyer vor. Außerdem sollte ein Wahlmanifest, das auch keiner Absprache mit der CSU bedürfte, aber kein Wahlprogramm verabschiedet werden.

In der zweiten Augushälfte stimmten die neuen Landesverbände auf ihren Delegiertenversammlungen dem Vorgehen zu. Auf seinem 2. Landesparteitag beauftragte der CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt am 18. August in Magdeburg die Delegierten zum 1. Gesamtdeutschen Parteitag der CDU zu erklären, dass „ihr Landesverband ein Teil der Christlich-Demokratischen Union Deutschland ist“.<sup>101</sup> Am 25. August 1990 fassten die Parteitage der CDU-Landesverbände Brandenburg in Potsdam<sup>102</sup>, Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin<sup>103</sup> und Thüringen in Weimar<sup>104</sup> die gleichen Beschlüsse sowie am 1. September der CDU-Landesverband Sachsen in Dresden<sup>105</sup>.

---

100 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 22. August 1990, in: ACDP 07-001-1423.

101 2. Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt, Vorlage Nr. 4, Beschluss, 18. August 1990, in: ACDP 07-001-A14069a.

102 Beschluss des 2. Landesparteitages Brandenburg der CDU vom 25. August 1990 zur Vorbereitung der Zusammenführung der CDU Deutschlands, Vorlage Nr. 7, 38. Bundesparteitag, 1.–2. Oktober 1990, Congress Centrum Hamburg, Vereinigungsbeschlüsse der Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, in: ACDP 07-001-22415.

103 Beschluss des Landesverbandes der CDU Mecklenburg-Vorpommern zur Vorbereitung der Zusammenführung der CDU Deutschlands, Schwerin, 25. August 1990, ebd.

104 2. Landesparteitag CDU Thüringen, Beschlussvorlage Nr. 1, Beschluss des Landesparteitages der CDU Thüringen zur Zusammenführung der CDU Deutschlands, 25. August 1990, ebd.

105 2. Landesparteitag Sachsen, Beschluss zur Vorbereitung der Zusammenführung der CDU Deutschlands, 1. September 1990, ebd.



Am 27. August 1990 berichtete Rühle im Bundesvorstand über die Finanzsituation der CDU (Ost). Die Vereinigung werde keine Entlastung, sondern die Belastung der Finanzen der Union mit sich bringen, da die CDU (Ost) zwar erhebliche Nutzungsrechte von Objekten habe, aber kaum über Immobilien verfügte.<sup>106</sup> Zugleich sprach Kohl bereits von einem Enteignungsbeschluss für die Vermögenswerte der CDU (Ost)<sup>107</sup>. Nach Vorlage der Vermögensbilanz der CDU (Ost) Ende Oktober<sup>108</sup> beschloss der Bundesvorstand am 12. November 1990 einstimmig mit einer Stimme Enthaltung den Verzicht auf das Vermögen der CDU (Ost). Zugleich wurden der Generalsekretär und der Bundesschatzmeister beauftragt, die rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen und entsprechende Erklärungen abzugeben.<sup>109</sup> Am 15. November 1990 bekundeten der Parteivorsitzende Kohl und Generalsekretär Rühle in einer notariellen Erklärung den Verzicht.<sup>110</sup>

Der erste Vereinigungsschritt erfolgte am 8. September 1990 mit dem Zusammenschluss der Berliner CDU zu einem Landesverband. Elf Kreisverbände der CDU von Berlin (Ost) beschlossen mit den zwölf Kreisverbänden von Berlin (West) einen gemeinsamen Landesverband Berlin zu bilden. Eine Woche später, am 15. September 1990, stimmte die Zentrale Delegiertenversammlung der DBD dem Antrag des Präsidiums des Parteivorstands „auf Vollendung des Zusammenschlusses der DBD mit der CDU“ zu, und zwar „mit Wirkung der Beschlussfassung“ gemäß der Beschlüsse der Landesparteitage der CDU und der Delegiertenversammlung der DBD der Landesverbände Berlin, Brandenburg, Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu.<sup>111</sup>

Bereits in der Sitzung des Bundesvorstandes der CDU am 17. September hatte Kohl die Notwendigkeit unterstrichen, ein „Vereinigungsmanifest der CDU“ zu verabschieden, das „die wesentlichen programmatischen Grundsätze der wiedervereinigten CDU“ beschreiben sollte. Rühle übersandte den Entwurf des Manifests am 21. September 1990 an den Bundesvorstand, die

---

106 CDU bereitet Landtagswahlen in der DDR vor, in: FAZ, 28. August 1990.

107 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 27. August 1990, in: ACDP 07-001-1121.

108 CDU, Pressemitteilung, Erklärung Rühle anlässlich der Vorlage der Vermögensbilanz der ehemaligen CDU der DDR, 31. Oktober 1990, in: ACDP 07-001-12600.

109 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 12. November 1990, in: ACDP 07-001-1126.

110 Pressemitteilung der CDU mit Anlage der Kopie der notariellen Urkunde des Notars Dr. Karl Daniels, Bonn, der Erklärung des Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Kohl, und des Generalsekretärs der CDU, Rühle, URNr. K 1267/1990, 15. November 1990, ebd.

111 Beschlussprotokoll der Zentralen Delegiertenversammlung der DBD, Borkheide, 15. September 1990, in: ACDP 06-052-94/1.

Vorsitzenden der Landesverbände und der Bundesvereinigungen.<sup>112</sup> Es sollte die politische Urkunde der vereinigten CDU werden. Darin wurden die Grundprinzipien der Christlichen Demokraten in ganz Deutschland<sup>113</sup> beschrieben, die gemeinsamen historischen Wurzeln im Widerstand gegen die NS-Diktatur sowie die Grundwerte Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Würde des Menschen und die Soziale Marktwirtschaft. Horst Korbella, Egon Klepsch und Bernhard Vogel nahmen noch einige relevante Änderungen vor. Korbella schlug die Einfügung des Satzes vor: „Aus gemeinsamen historischen Wurzeln erwuchs ein neues gemeinsamen politisches Selbstverständnis für die Angelegenheiten der Gegenwart und Zukunft.“<sup>114</sup> Klepsch regte an, die europapolitischen Bezüge stärker herauszustellen, vor allem die Politische Union und die Öffnung des Weges zu den Vereinigten Staaten von Europa.<sup>115</sup> Vogel wollte die christlichen Werte mehr betont wissen und brachte Begriffe wie Christliche Demokraten, Verantwortung vor Gott, gegen den staatswirtschaftlichen Dirigismus und gegen die Übermacht marktbeherrschender Kräfte, die Anordnung der Begriffe Würde, Freiheit, vielfältige Chance, soziale Sicherheit und Geborgenheit, Beziehungen zu den USA ein.<sup>116</sup> Abgelehnt wurden die Vorschläge des JU-Vorsitzenden, Hermann Gröhe, Chancen zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung, Förderung unterschiedlicher, aber gleichwertiger Begabungen, moderne Berufsausbildung, Ausbau des Hochschulwesens und die Förderung des Aufbaus freier, pluralistischer Jugendarbeit nach der Zwangsorientierung in der FDJ einzufügen.<sup>117</sup>

Nachdem am 30. September 1990 die Delegiertenversammlung der CDU (Ost) dem Antrag des Parteivorstands und des Präsidiums auf „vorfristige“ Beendigung ihrer Tätigkeit und Entlastung<sup>118</sup> zustimmte, wurde am Morgen des 1. Oktober 1990 der 38. Parteitag der CDU (West) in Anwesenheit der Delegierten aus den neuen Ländern in Hamburg abgehalten. Im Mittelpunkt

112 Schreiben Rühle an die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU, die Vorsitzenden der Landesverbände und die Vorsitzenden der Bundesvereinigungen, 21. September 1989, in: ACDP 07-001-22422.

113 Vorlage Sekretariat Antragskommission an Generalsekretär Rühle, Sprechzettel zur Leitung der Antragskommission am 1. Oktober 1990, 19.30 Uhr, Saal 17, 1. Oktober 1990, ebd.

114 Schreiben Korbella an Rühle, 27. September 1990, ebd.

115 Schreiben Klepsch an Rühle, 19. September 1990, ebd.

116 Schreiben Vogel an Rühle, 17. September 1990, ebd.

117 Schreiben Gröhe an Rühle, 26. September 1990, ebd.

118 Delegiertenversammlung der CDU der DDR, Hamburg, Antrag des Parteivorstands und des Präsidiums der CDU auf vorfristige Beendigung ihrer Tätigkeit und Entlastungserteilung, 30. September 1990, in: ACDP 07-001-A14069a.

standen die Beschlüsse zur Änderung des Statuts, der Geschäftsordnung, der Parteigerichtsordnung sowie der Finanz- und Beitragsordnung.<sup>119</sup>

Am Nachmittag eröffnete Helmut Kohl<sup>120</sup> um 13.21 Uhr den 1. Gesamtdeutschen Bundesparteitag. Mit Bezug auf den ersten Bundesparteitag der CDU (West) im Oktober 1950 in Goslar stellte er heraus: „Uns eint die Überzeugung, daß nur aus christlicher Verantwortung das Leben unseres Volkes in demokratischer Ordnung neu gestaltet werden kann.“ Unter dem Tagungsordnungspunkt 2 nahmen vereinbarungsgemäß Rühle und Korbella gemeinsam die Aufnahme vor.<sup>121</sup> Karl-Heinz Kretschmer für Brandenburg, Heinrich Steinbrink für Mecklenburg-Vorpommern, Horst Rasch für Sachsen, Thomas Jakob für Sachsen-Anhalt und Christine Lieberknecht für Thüringen gaben als Vertreter der jeweiligen Landesverbände Erklärungen ab, dass diese nun Teil der Christlich Demokratischen Union Deutschlands seien. Elke Hofmann erklärte für den Landesverband Berlin, dieser sei bereits seit dem 8. September 1990 Teil der CDU. Damit war die Einheit der Partei vollzogen.

Bei den nachfolgenden Wahlen wurden Helmut Kohl als Parteivorsitzender mit 943 von 957 gültigen Stimmen, also 98,5 Prozent, und Volker Rühle als Generalsekretär wiedergewählt. 908 von 932 Delegierten stimmten für Lothar de Maizière als stellvertretenden Parteivorsitzenden.<sup>122</sup> In das Präsidium rückten Günther Krause, Sabine Bergmann-Pohl und Klaus Reichenbach statt Hans-Joachim Meyer auf. Am 2. Oktober 1990 wurde dann nach einer Aussprache das Vereinigungsmanifest einstimmig angenommen.<sup>123</sup> Damit war die äußere Verschmelzung der Partei vollzogen, die Überwindung der inneren Spaltung blieb nun die künftige Aufgabe.

### III.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Die Vereinigung der CDU war ein im Herbst 1989 von der Basis angestoßener Reformprozess in der CDU (Ost), der zunächst maßgeblich von der mittleren Parteiebene, den Landesverbänden in Berlin und Hessen aufgenommen und durch zahlreiche Kontakte fortgeführt wurde.

---

119 38. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Hamburg, 1. Oktober 1990. Hg. von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle. Bonn 1990.

120 Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*, S. 232–239.

121 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Hamburg, 30. September 1990, in: ACDP 07-001-1423.

122 1. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Protokoll, S. 147–149.

123 Ebd., S. 133.

Die Parteispitze der CDU (West) lehnte die Zusammenarbeit mit den alten Kadern der Blockpartei ab, forderte die Abkehr vom Sozialismus und die Trennung von der SED durch Austritt aus der Regierung.

Mit der personellen und programmatischen Erneuerung auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 stellte die CDU (Ost) ihre Reformfähigkeit unter Beweis, die jedoch von Kohl und Rühle mit großer Skepsis beobachtet, jedoch nicht rundweg abgelehnt wurde. Gleichwohl existierten in der CDU (West) große Vorbehalte und unterschiedliche Auffassungen darüber, inwieweit die CDU (Ost) als Schwesterpartei zu akzeptieren sei.

Durch ihre arbeitsteilige Unterstützung der CDU (Ost) haben die Landesverbände der CDU (West) maßgeblich den Annäherungsprozess getragen.

Angesichts der Vorverlegung des Termins der Volkskammerwahl war die CDU (West) unter Handlungsdruck, sich auf Partner festlegen zu müssen. Ihre Doppelstrategie – Einbettung der belasteten CDU (Ost) und Unterstützung unverbrauchter, aber wenig professionell agierender oppositioneller Gruppen wie DA, DSU und DFP unter dem Dach der „Allianz für Deutschland“ – entschärfte das Problem der anrühigen Blockpartei CDU (Ost), hielt Beschädigungen von der CDU (West) fern und machte die CDU in der DDR für breite Schichten wählbar.

Gute Organisationsstrukturen der CDU (Ost), gepaart mit der Professionalität des Wissens um Wahlkampfführung der CDU (West), bescherte der „Allianz für Deutschland“ den Sieg bei der Volkskammerwahl und ebnete den Weg zur Vereinigung der Partei. Diese wurde nach den Kommunalwahlen in der DDR im Mai 1990 mit Nachdruck in Angriff genommen, als die Wiederherstellung der inneren Einheit Deutschlands durch das Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion konkrete Gestalt annahm.

Das Wahldebakel des DA und die absehbare Bedeutungslosigkeit der DBD beflügelte den Zusammenschluss. Die quasi Abspaltung der DSU entschärfte möglicherweise entstehendes Konfliktpotenzial mit der CSU über eine Ausdehnung auf die neuen Länder.

Erst nachdem die wirtschaftspolitische Wiedervereinigung durch Unterzeichnung des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion feststand, drängte Kohl in der zweiten Maihälfte auf die schnelle Vereinigung der Partei parallel zur staatlichen Wiedervereinigung, auch im Hinblick auf die unkalkulierbaren Auswirkungen der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl und die Gefahr eines Machtverlustes.

Die Vereinigung war ein Sieg der Vernunft und des politischen Willens, trotz der historischen Belastungen und zu überwindender Vorurteile gemeinsam den Weg der Christlichen Demokraten in die Zukunft zu gehen, um die Volkspartei CDU zu stärken.